

V0550/22

Internationale Bauausstellung (IBA) „Räume der Mobilität„ der Metropolregion München
(Referent: Herr Prof. Dr. Rosenfeld)

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit vom 12.07.2022

Stadtrat Bannert möchte sich zur Ziffer 2 der Beschlussvorlage der Verwaltung äußern. Darin werde festgelegt, dass man eine Beteiligung der Stadt Ingolstadt von mindestens 5 Prozent bis maximal 10 Prozent für einen Zeitraum von 10 Jahre vorsehe. Die AfD-Stadtratsfraktion möchte allerdings eine feste Prozentzahl beziehungsweise eine feste Summe vorgeben haben, die man dann auch für 10 Jahre in den Haushaltsplan einstellen könne. Stadtrat Bannert erklärt, dass man den 5 Prozent grundsätzlich als Minimalanteil zustimme. Allerdings schlage er als Kompromiss 7,5 Prozent vor, dies würde 225.000 Euro pro Jahr für 10 Jahre entsprechen. Stadtrat Bannert erwähnt, dass man bei Bedarf, den Prozentanteil immer noch im Nachhinein erhöhen könne.

Die Beschlussvorlage soll die Verwaltung in die Lage versetzen, die genaue Beteiligungshöhe erst einmal auszuhandeln, erklärt Herr Prof. Dr. Rosenfeld. Denn aktuell sehe die Situation so aus, dass verschiedene Kommunen überlegen, sich an der Internationalen Bauausstellung zu beteiligen. Nach aktuellen Bekundungen liege dabei die Minimalbeteiligung bei 5 Prozent. Herr Prof. Dr. Rosenfeld hält es für möglich, dass die Stadt Ingolstadt auch bis zu einer Beteiligungshöhe von 10 Prozent gehen könnte. Den genauen Anteil müsse man allerdings noch ausverhandeln. Deshalb ermögliche die Beschlussvorlage auch die Verhandlung einer bestimmten Beteiligungshöhe mit den anderen Akteuren, sodass man am Schluss dem Stadtrat eine konkrete Zahl vorschlagen könne. Bei diesen weiteren Akteuren handle es sich unter anderem um die Landeshauptstadt München, die sich mit 45 Prozent beteiligen werde, die Stadt Augsburg, die sich im Rahmen von 5 Prozent bis 10 Prozent beteiligen möchte und der Landkreis München. Herr Prof. Dr. Rosenfeld erklärt, dass die Stadt Ingolstadt mehr zu den 5 Prozent tendiere. Man benötige aber den Verhandlungsspielraum, um die verschiedenen Partner zusammenzuführen. Insofern gehe es beim heutigen Beschluss nicht darum, die Beteiligungshöhe bereits konkret festzusetzen, sondern man möchte vielmehr das Verhandlungsmandat vom Stadtrat erhalten. Die konkret ausgehandelte Beteiligungshöhe werde man dann dem Stadtrat hinsichtlich des Haushaltsbeschlusses vorlegen, so Herr Prof. Dr. Rosenfeld. Davor werde dieser Beteiligungsanteil selbstverständlich vom Beteiligungsmanagement geprüft.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf betont, dass in der heutigen Planungsausschusssitzung noch nichts Konkretes beschlossen werde, außer die Vergabe des Verhandlungsmandates. Die letztendliche Entscheidung werde dann noch einmal separat in den Stadtrat gegeben.

Stadtrat Bannert bittet darum, die Aussage von Prof. Dr. Rosenfeld in der Sitzungsniederschrift festzuhalten. Mit diesen Ausführungen könne die AfD-Stadtratsfraktion dann doch der Beschlussvorlage der Verwaltung zustimmen.

Die Zielsetzung, dieser in die Zukunft gerichteten Projekte sei für die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen ein wichtiges Thema, teilt Stadtrat Semle mit. Im Jahr 2032 stehe man nämlich kurz vor dem Jahr 2035, das man sich als Ziel bei allen Klimaschutzmaßnahmen gesetzt habe. Dieser klimaschutzorientierte Hintergrund finde sich allerdings wenig in den vorgestellten Bereichen wieder, am ehesten noch im Mobilitätssektor. Stadtrat Semle ist der Meinung, dass die Digitalisierung im Bereich der Mobilität sehr wohl

eine gewaltige Rolle spielen. Auch sei es sinnvoll Datengrundlagen für alle möglichen Untersuchungen zu erstellen, so wie es bereits beim Projekt der VGI newMIND der Fall sei. Zu diesem Thema würde es bereits auch schon Entwicklungskonzepte geben. Stadtrat Semle betont, dass man einen nachhaltigen Verkehrsverbund, ein Parkkonzept oder auch den Radverkehr digital steuern können müsse. Als Beispiel nennt er hier das digitale Anzeigen von freien Ladestationen für E-Fahrzeuge. Solche Konzepte vermisste die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen in der vorliegenden Beschlussvorlage. Auch beim Thema Wasserstoff gebe es bereits ein Entwicklungskonzept, das allerdings nicht in der Vorlage auftauche. Deshalb bittet Stadtrat Semle um genauere Erklärungen zu den einzelnen Bereichen, die man dann bei der IBA in Ingolstadt vorstellen möchte. Zusätzlich möchte er wissen, in wieweit diese Bereiche dann auch in die nachhaltige Richtung gehen.

Herr Prof. Dr. Rosenfeld entgegnet, dass man bei diesen Projekten natürlich in Richtung der Nachhaltigkeit denke. Es werde bei dieser IBA nicht nur um bauliche Vorhaben gehen, sondern auch um Projekte, die im weitesten Sinne etwas mit Mobilität zu tun haben. Herr Prof. Dr. Rosenfeld berichtet, dass in einer Expertenrunde der IBA vor zwei Wochen, die zentrale Rolle der Nachhaltigkeit und auch der ökologischen Verkehrswende bei dieser Internationalen Bauausstellung bestätigt worden sei. Man wisse nur noch nicht, wie man diese Projekte genau auswähle. Deshalb werde es dazu nach der Gründung der IBA als GmbH einen Prozess geben, in dem die Kriterien für die Auswahl der Projekte festgelegt werden. Dieses Auswahlverfahren könne man dann auch als Stakeholder begleitet, erklärt Herr Prof. Dr. Rosenfeld. Die Idee dabei sei es nicht „best practice“ Projekte auszuwählen, sondern jene, die in die Zukunft weisen würden. Dabei spiele gerade beim Thema Mobilität die Nachhaltigkeit eine zentrale Rolle. Für die Stadt Ingolstadt komme es nun darauf an, selbst einen Prozess aufzusetzen, der die inhaltliche Beteiligung an der IBA ermöglichen solle. Insofern müsse sich die Stadt nun selbst Gedanken über mögliche Projekte machen. Zudem gelte es zu erörtern, wie man sicherstellen könne, dass die IBA GmbH auch die Projekte auswähle, die die Stadt Ingolstadt für richtig erachte.

Bürgermeisterin Kleine teilt mit, dass auch sie sich in den Vorgesprächen gefragt habe, ob beispielsweise Mobilitätsideen, die sie bereits kenne, dann tatsächlich auch innovative Lösungen sein können. Nicht, dass es sich hierbei nur um „best practice“ Ideen handle, die sie bereits aus anderen Bezügen kenne. Deshalb werde es auch darauf ankommen mit wem man in der nächsten Stufe zusammenarbeite, um tatsächlich einen Schritt in Richtung Innovation machen zu können. Mit der Mobilitätswende unterwegs zur Klimawende, seien hier die Ziele auch relativ klar ressourcenschonend und klimaneutral definiert, so Bürgermeisterin Kleine. Zudem müssen die innovativen Ideen nicht nur gedacht, sondern auch innerhalb dieser 10 Jahre realisiert werden. Hierbei benötige man Zuversicht, da man zwar wisse, in welche Richtung man gehen möchte, sich dabei aber noch nicht jeden Innovationsgrad ausformuliert habe. Bürgermeisterin Kleine sehe dabei die Innovation auch als eine Art „Blackbox“ an. Nach ihrer Meinung, beschreibe der Begriff „Next Practice“ hier das Thema ganz gut.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.